

Geschäftszahlen:
BMJ: 2022-0.004.662
BMI: 2022-0.019.300

14/4.1
Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Tagung des Rates der Justiz- und Innenminister am 9. und 10. Dezember 2021 in Brüssel

Am 9. und 10. Dezember 2021 fand in Brüssel der Rat der Justiz- und Innenminister der Europäischen Union statt. Für Österreich nahmen in Vertretung der Frau Bundesministerin für Justiz und des Herrn Bundesministers für Inneres der Ständige Vertreter Österreichs bei der Europäischen Union, Dr. Nikolaus Marschik, teil.

Zu den Tagesordnungspunkten wird wie folgt berichtet:

Tagung des Rates „Inneres“

- Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrichtungen

Der Vorsitz informierte über die Annahme der allgemeinen Ausrichtung. Die Trilogie sollen unter dem französischen Vorsitz beginnen.

- Verordnung des Rates über einen Schengener Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus

Der Vorsitz verwies auf den Fortschrittsbericht. Die Stellungnahme des Europäischen Parlaments sei im Februar 2022 zu erwarten. Der Rat nahm den Fortschrittsbericht zur Kenntnis. Die Arbeiten an der Verordnung werden unter dem französischen Vorsitz fortgeführt.

- Schlussfolgerungen zur Erfüllung der erforderlichen Voraussetzungen für die vollständige Anwendung des Schengen-Besitzstands in Kroatien

Der Rat billigte die Schlussfolgerungen zur Erfüllung der erforderlichen Voraussetzungen für die vollständige Anwendung des Schengen-Besitzstands in Kroatien.

- Verwirklichung der Interoperabilität

Die Ministerinnen und Minister einigten sich auf einen überarbeiteten Zeitplan für die Umsetzung bestimmter Elemente für die Interoperabilität der EU Informationssysteme. Nun gelte es, gemeinsame Anstrengungen voranzutreiben, um weitere Verzögerungen zu vermeiden.

- Next Generation EU – Verhinderung der Unterwanderung durch die organisierte Kriminalität

Die Ministerinnen und Minister berieten über den Aufbaufonds „Next Generation EU“ und darüber, wie die Unterwanderung rechtlicher Strukturen und Verfahren durch die organisierte Kriminalität am besten verhindert werden kann. Für die Mitgliedstaaten war dabei eine stärkere Koordination auf EU-Ebene die richtige Vorgehensweise. Der Fokus auf Prävention wurde ebenfalls unterstützt und die Rolle von Europol hervorgehoben. Die Europäische Kommission stellte als weiteres effektives Mittel den am 8. Dezember 2021 präsentierten EU-Kodex für die polizeiliche Zusammenarbeit vor.

- Zusammenarbeit zwischen den für die Terrorismusbekämpfung zuständigen Behörden

Der Rat nahm die Informationen des EU-Koordinators für die Terrorismusbekämpfung und der Gruppe für Terrorismusbekämpfung zur Kenntnis.

- Abwehr hybrider Bedrohungen

Die Europäische Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst stellten die Maßnahmen vor, die zur Abwehr der vom belarussischen Regime ausgehenden hybriden Bedrohungen ergriffen worden sind, und gab einen kurzen Überblick über die aktuellen Migrationsherausforderungen. Von einigen Mitgliedstaaten wurde die Notwendigkeit von Maßnahmen gegen die Sekundärmigration betont. Zudem wurden präventive Maßnahmen gegen Primärmigration als wesentlich angesehen. Viele Mitgliedstaaten sprachen sich für stärkere Maßnahmen zum Schutz der Außengrenzen aus. Österreich begrüßte, dass das Instrument des Artikels 78 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union erstmals gegen hybride Bedrohungen angewendet wurde. Jedoch seien nachhaltige Lösungen notwendig. Der Fokus sollte auf Vermeidung von Primärmigration liegen. Es bedarf einer stärkeren Anwendung des Konzeptes sicherer Drittstaaten. Die Außengrenzstaaten benötigen volle Unterstützung, inklusive EU

Finanzierung physischer Infrastruktur. Weitere wichtige Maßnahmen seien verpflichtende Außengrenzverfahren, Anhaltungen im Grenzbereich und Informationskampagnen. Die Eurodac-Verordnung und die Screening-Verordnung sollen rasch angenommen werden. Österreich verwies auf die hohe nationale Belastung im Asylbereich. Als weiteres wichtiges Element sei die stabile Verantwortung, es solle zu keinem Zuständigkeitsübergang nach sechs Monaten kommen. Dublin-Transfers müssen wieder aufgenommen werden. Auch die enge Zusammenarbeit bei Rückführungen sei notwendig.

- Sonstiges:

Der Rat nahm die Informationen des Vorsitzes über die JI-Ministertagung EU-Westbalkan (Brdo, 2./3. Dezember 2021) zur Kenntnis.

Der Rat nahm die Informationen des Vorsitzes über die Tagung der Justiz- und Innenminister der EU und der USA (Washington, 16. Dezember 2021) zu Kenntnis.

Der Vorsitz informierte die Ministerinnen und Minister über die Ministerkonferenz über sexuellen Missbrauch von Kindern (Brdo, 11./12. November 2021).

Abschließend stellte Frankreich sein Vorsitzprogramm vor.

Tagung des Rates „Justiz“

- Verordnung über Europäische Sicherungs- und Herausgabeanordnungen für elektronische Beweismittel

Der slowenische Vorsitz und die Europäische Kommission berichteten über den aktuellen Stand der Trilogverhandlungen zum e-evidence-Paket, die bisher schwierig verlaufen seien. Kernpunkt der Uneinigkeit sei das Notifikationsverfahren. Der Rat habe einige Zugeständnisse gemacht, nun müsse sich auch das Europäische Parlament bewegen. Einige Mitgliedstaaten wiesen in der anschließenden, kurzen Diskussion darauf hin, dass es wichtig sei, ein Instrument zu finden, das in der Praxis einen Mehrwert zur bestehenden Regelung habe.

- Sonstiges

- Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge

Der slowenische Vorsitz informierte über den Stand der aktuellen Legislativvorschläge mit besonderem Schwerpunkt auf die e-CODEX Verordnung und die Verordnung über die Drittwirkung von Forderungsübertragungen.

- Neue Gesetzgebungsvorschläge betreffend die Digitalisierung der Justiz

Die Europäische Kommission hat dem Rat am 1. Dezember 2021 ein Paket von neuen Legislativvorschlägen zur Digitalisierung der justiziellen Zusammenarbeit vorgelegt. Das Paket umfasst u.a. ein horizontales Instrument für die Digitalisierung der Justiz, Regeln für den Umgang von Eurojust mit Informationen über terrorismusbezogene Fälle und einen verbesserten digitalen Rahmen für Gemeinsame Ermittlungsgruppen.

- Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)

Der slowenische Vorsitz berichtete über die Fortschritte bei den Verhandlungen im Europarat und die Vorbereitungen in den zuständigen Ratsgremien. Einen substantiellen Fortschritt bei den Verhandlungen zu erzielen, war eine Priorität des slowenischen Ratsvorsitzes, weil der Beitritt die notwendige Kohärenz der Menschenrechtsstandards in ganz Europa stärken und zur Entwicklung der einschlägigen Rechtsprechung der beiden europäischen Gerichte beitragen wird.

- Die Covid-19-Pandemie - Lehren für die Arbeitsweise der Gerichte und für die gerichtliche Überprüfung von Notfallmaßnahmen

Ein Gedankenaustausch unter den Mitgliedstaaten ergab, dass die ergriffenen Notmaßnahmen nur mit wenigen Ausnahmen als verfassungskonform eingestuft worden seien und die rechtsstaatlichen Strukturen keine unverhältnismäßige Einschränkung erfahren hätten. Um einen kontinuierlichen Zugang zur Justiz zu gewährleisten, seien insbesondere Maßnahmen zur Digitalisierung (vor allem der Einsatz von Videokonferenzen) hilfreich, aber mit angemessenen Garantien und unter voller Wahrung der Grundrechte.

- Europäische Staatsanwaltschaft (EUStA)

Die Europäische Kommission und der slowenische Vorsitz informierten die Minister gemeinsam mit der Europäischen Generalstaatsanwältin Minister über die jüngsten Entwicklungen bei der Europäischen Staatsanwaltschaft. Sie habe bereits mehr als 400 Ermittlungsverfahren wegen Schäden in Höhe von mehreren Milliarden Euro eingeleitet

und bereits wichtige Ermittlungsmaßnahmen ergriffen. Die Arbeit habe bereits zu einer ersten Verurteilung geführt.

- Sonstiges

- JI-Ministertagung EU-Westbalkan (Brdo, 2./3. Dezember 2021)

Der slowenische Vorsitz berichtete über die Ergebnisse der JI-Ministertagung EU-Westbalkan, bei der es insbesondere um Rechtsstaatlichkeit, die justizielle Ausbildung und die Herausforderungen der Digitalisierung ging.

- JI-Ministertagung EU-USA (Washington, 16. Dezember 2021)

Die Themen der JI-Ministertagung EU-USA am 16. Dezember 2021 in Washington wurden vorgestellt. Der justizielle Teil sei Cybercrime, den digitalen Herausforderungen, Migration und Mobilität sowie die Zusammenarbeit im Bereich der Terrorismusabwehr gewidmet.

- Künftige Legislativvorschläge im Justizbereich

Die Europäische Kommission kündigte für den Zivilrechtsbereich für 2022 Initiativen zur Anerkennung der Elternschaft, zu strategischen Klagen gegen öffentliche Beteiligung (SLAPP) und zum Insolvenzverfahren an. Im Strafrecht würden Vorschläge bereits in Kürze zum Umweltstrafrecht, zur Übernahme der Strafverfolgung und zum Opferschutz präsentiert werden.

- Jährlicher Bericht über die Anwendung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union 2021: Schutz der Grundrechte in einem digitalen Zeitalter

Die Europäische Kommission stellte den jährlichen Bericht über die Anwendung der Charta der Grundrechte mit dem diesjährigen Schwerpunkt „Schutz der Grundrechte in einem digitalen Zeitalter“ vor.

- Präsentation des Arbeitsprogramms des künftigen französischen Ratsvorsitzes

Eine der Prioritäten sei die Verhinderung der Verbreitung von Hass on- und offline. Dies umfasse den Vorschlag der Europäischen Kommission zur Erweiterung der von Art 83 Abs 1 AEUV erfassten Straftaten, außerdem den Kampf gegen Antisemitismus und die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Weiters solle die Digitalisierung der Justiz mithilfe der bereits vorliegenden Vorschläge weiter vorangetrieben werden. Zudem gelte der Fokus auch dem Thema „Umweltschutz“ und zuletzt wolle man die Rechtsstaatlichkeit weiterhin auch bei den Justizminister:innen behandeln.

Wir stellen daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

13. April 2022

Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Dr. Alma Zadić, LL.M.
Bundesministerin